

RAUL ZELIK

KOLUMBIEN: BEWAFFNETER KONFLIKT UND INDIGENE AUTONOMIE

VON EINER BEFRIEDUNG KOLUMBIENS KANN KEINE REDE SEIN

Mitte Juli setzte die Indígena-Bewegung den Krieg in Kolumbien wieder auf die politische Agenda. Unbewaffnet und nur mit Einsatz ihrer Körper vertrieben mehrere Hundert Angehörige der Gemeinschaft der Nasa¹ kolumbianische SoldatInnen von einem Armeestützpunkt in einem Indígena-Gebiet im Departement Cauca. Die Regierung Santos reagierte entgegen aller liberalen Rhetorik mit offener Gewalt und entsandte zusätzliche Contra-Guerilla-Verbände in die Region. Bei den darauf folgenden Protesten wurden zwei Indigene von Militärs getötet, Dutzende weitere verletzt. Auch die angeblich demobilisierten Paramilitärs meldeten sich wieder zu Wort. Unmittelbar nach den Protesten erhielt der Sprecher des regionalen Indígena-Verbands ACIN (Asociación de Cabildos Indígenas del Norte del Cauca) Feliciano Valencia eine Morddrohung von einer paramilitärischen Gruppe.

Die Proteste im Cauca sind eine Reaktion auf die Eskalation des bewaffneten Konflikts in Südwestkolumbien. Zwar haben die Streitkräfte, nicht zuletzt dank internationaler Militärhilfe, den Guerillaorganisationen FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und ELN (Ejército de Liberación Nacional) seit Anfang der 2000er Jahre schwere Schläge zufügen und sie in die Randgebiete Kolumbiens abdrängen können. Doch in den Grenzregionen zu Venezuela und Ecuador, an der Pazifikküste sowie in den südlichen Departements Meta, Guaviare und Caquetá geht der Krieg unvermindert weiter. Die Aufständischen sind zu klassischen Guerillataktiken zurückgekehrt, bewegen sich in extrem kleinen Gruppen und versuchen die Armee mit Minen, Scharfschützen und Bombenanschlägen zu zermürben. Die Militärs hingegen setzen auf Hightech-Kriegsführung, das heißt den verstärkten Einsatz der Luftwaffe, langjährig angelegte Geheimdienstarbeit und Kommandoaktionen.

Die Änderung der Militärstrategie hat den Krieg unspektakulärer gemacht, stellt für die Bevölkerung aber eine zusätzliche Belastung dar. Sowohl der Einsatz von Minen durch die Guerilla als auch geheimdienstliche Infiltrationen und Bombardierungen durch die Staatsmacht gehen vor allem zu ihren Lasten. Dazu kommt erschwerend, dass der bewaffnete Konflikt diffuser und unübersichtlicher geworden ist. Aus der Demobilisierung der paramilitärischen Autodefensas Unidas de Colombia sind Dutzende von kleineren Organisationen hervorgegangen. Diese von der Regierung als «kriminelle Banden» (Bandas Criminales Emergentes, BACRIM), von Sozialwissenschaftlern aber auch als «Neo-Paramilitärs» (vgl. Romero/Arias 2009) bezeichneten Organisationen

üben in weiten Teilen des ländlichen Kolumbiens und in den städtischen Armenvierteln territoriale Kontrolle aus. Untereinander in Diadochenkämpfe um die Vorherrschaft im Drogenhandel verwickelt, führen sie in vielen Regionen untereinander Krieg.² Dazu kommt außerdem die Tatsache, dass der (durch die globale Kapitalflucht in Edelmetalle ausgelöste) Goldrausch und die weiterhin hohe Kokainproduktion die lokalen Konflikte weiter anheizen.

In diesem Sinne müsste man eigentlich richtigerweise im Plural von *den* bewaffneten Konflikten Kolumbiens sprechen.

Anders als die Mainstreamberichterstattung unterstellt, die von einer weitreichenden Befriedung Kolumbiens unter der Regierung Álvaro Uribe (2002–2010) spricht, hat sich die Sicherheitslage für einen großen Teil der Bevölkerung also keineswegs verbessert. Zweifelsohne ist der politische Aspekt in den Hintergrund getreten – die Zahl der von Paramilitärs verübten Massaker ist ebenso wie die der Entführungen durch die Guerilla deutlich zurückgegangen³ – und Investitionen sowie Überlandfahrten sind heute deutlich sicherer

1 Die Nasa sind mit 180.000 Angehörigen die wichtigste indigene Gemeinschaft Kolumbiens. **2** Interessanterweise sind die friedlichsten Gebiete nicht etwa jene, in denen die organisierte Kriminalität besonders schwach ist, sondern jene, in denen die Hegemonie einer Organisation festigt ist. In diesem Sinne ist die sicherste Gemeinde im Großraum Medellín ausgerechnet die Stadt Envigado, die sich seit 30 Jahren fest in Händen der illegalen Organisation «Oficina de Envigado» befindet. Ähnliches kann man auch über die bei TouristInnen wieder sehr beliebten Gebiete an der kolumbianischen Karibikküste konstatieren. **3** Der kolumbianischen Regierung zufolge wurden im Zeitraum Januar bis Oktober 2011 insgesamt 149 Menschen bei Massakern (Ermordung von mehr als fünf Personen gleichzeitig und an einem Ort) getötet und 249 Personen entführt (Observatorio de Derechos Humanos 2011). Das ist deutlich weniger als Anfang der 2000er Jahre: Die Daten des staatlichen Observatorio de Derechos Humanos y DIH (2004: 96 und 37) besagen, dass 2000 1.403 Menschen bei Massakern getötet und 2002 1.923 Menschen entführt wurden.

als vor zehn Jahren. Doch vor allem die unteren zwei Drittel der Gesellschaft sind nach wie vor extremer Gewalt ausgesetzt. So wurden 2011 beispielsweise 260.000 Personen neu vertrieben,⁴ besonders dramatisch ist in diesem Zusammenhang, dass das Phänomen mittlerweile auch in den Städten angekommen ist. Im Kampf der «neo-paramilitärischen Gruppen» um die Kontrolle von Vierteln werden zunehmend Menschen vertrieben, die wegen ihrer familiären oder freundschaftlichen Bindungen als unzuverlässig gelten. In Medellín stieg die Zahl dieser innerstädtischen Vertriebenen von 1.800 Personen im Jahr 2008 auf 13.000 im Jahr 2011 an (Medellín Como Vamos 2012: 40).

Anders als kolumbianische Medien behaupten (die die angeblich zu laxen Sicherheitspolitik der Regierung Santos für die Entwicklung verantwortlich machen), hat diese Tendenz bereits unter Präsident Álvaro Uribe eingesetzt. In Medellín etwa verdreifachte sich die Mordrate zwischen 2005 und 2009, also noch unter dem alten Präsidenten, von 35 Ermordeten pro hunderttausend EinwohnerInnen auf 94 Morde pro hunderttausend EinwohnerInnen.⁵ Die kolumbianische Rechte um Ex-Präsident Uribe trägt für diese Verlagerung des Krieges – weg von einer eher politischen Auseinandersetzung zwischen Staatsmacht und Guerilla hin zu einer stärker ökonomisch motivierten Fragmentierung der bewaffneten Auseinandersetzungen – sogar unmittelbar die Verantwortung, da sie die Organisierte Kriminalität gezielt in ihr politisches Projekt einband⁶ und damit genau jene Strukturen stärkte, die heute als Neo-Paramilitärs oder BACRIM bezeichnet werden.

KONFLIKTE MIT DEN FARC UND WIDERSPRÜCHE IN DEN INDIGENEN GEMEINDEN SELBST

Die Indígena-Aktionen gegen die Militärpräsenz im Cauca sind aber nicht nur deshalb wichtig, weil sie die – in den Medien häufig unter der Formel «vom Failed State zum Rising Star» verhandelte – These von der Befriedung Kolumbiens widerlegen. Sie manifestieren darüber hinaus, dass auch die kritische Berichterstattung in vieler Hinsicht die Realität nicht wirklich abbildet.

Die Aktionen der ACIN zeigen nämlich erstens – was Linke gern ausblenden –, dass die Spannungen zwischen FARC-Guerilla und sozialen Bewegungen, aber auch innerhalb der sozialen Bewegungen selbst zugenommen haben. Unmittelbar vor der Aktion gegen die Militärbasis hatte die Guardia Indígena⁷ drei FARC-Guerilleros festgenommen, ihre Waffen zerstört und den Fall vor ein indigenes Gemeindeforum gebracht. In einem offenen Brief kritisierte die ACIN die FARC denn auch ungewohnt deutlich: «Wir brauchen Euch nicht [...], Ihr greift die Zivilbevölkerung an, missachtet unsere Autorität und unsere Justiz. Ihr tragt zur Autonomie nichts bei. Alles, was wir an Selbstregierung besitzen, haben wir selbst geschaffen. Wir indigene Völker haben bewiesen, dass wir unser eigenes Wirtschafts-, Erziehungs-, Justiz- und Gesundheitssystem aufbauen können. Die Guerilla beschützt uns nicht vor den Übergriffen der Staatsmacht. Wenn die Armee kommt, zieht sie sich zurück und bringt sich selbst in Sicherheit. Sie verhindert auch nicht, dass transnationale Konzerne in unsere Gebiete eindringen. Um sich Geld für ihre Truppen zu verschaffen, schließt die Guerilla Abkommen mit den Firmen.» Drastisch verlangt die ACIN: «Verlasst die indigenen Territorien im Cauca. Verschwindet aus den Dörfern und Siedlungen» (ACIN 2012).

Der FARC-Kommandant Timoleón Jiménez alias Timochenko antwortete auf das Schreiben in einem etwas diplomatischeren Ton, aber mit nicht minder heftigen Vorwürfen: «Manchmal scheint es [...], als würden sich die indigenen Gemeinden nur für sich selbst interessieren und das Schicksal der anderen Entrechteten und Verfolgten in Kolumbien [...] ignorieren. Der kolumbianische Konflikt kann nicht nur für die indigenen Gemeinden gelöst werden» (FARC 2012).

In diesem Sinne erteilten die FARC der Forderung der ACIN, sich aus den indigenen Gebieten zurückzuziehen, eine klare Abfuhr. Man werde so lange bleiben, wie auch die kolumbianische Armee in der Region sei. Mit dieser Haltung machen die FARC klar, dass sie sich – ebenso wie die Staatsmacht – nicht um die in sozialen Kämpfen durchgesetzte indigene Autonomie scheren. Konsequenterweise gingen die FARC denn auch auf die anderen von der ACIN formulierten Kritikpunkte nicht weiter ein: Rekrutierung von Minderjährigen in den Gemeinden, Angriffe innerhalb von Wohngebieten, Drohungen gegen die ACIN-SprecherInnen.

Der Konflikt lässt sich jedoch – und hier wird das zweite, vor allem von humanitären Organisationen zu verantwortende Missverständnis deutlich – auch nicht einfach auf den Widerspruch «Zivilbevölkerung vs. Kriegakteure» reduzieren. Die Auseinandersetzungen zwischen ACIN und FARC haben einen zutiefst *politischen* Gehalt. Die ACIN vertritt keine klassische pazifistische Position. Sie kritisiert die These, wonach die Zivilbevölkerung im kolumbianischen Konflikt neutral sei,⁸ und propagiert direkte Aktionen gegen die Staatsmacht. Der entscheidende Widerspruch mit den FARC liegt darin begründet, dass die ACIN einen unabhängigen, nicht-militärischen Weg des Widerstands entwickelt hat und sich damit dem Führungsanspruch der marxistisch-leninistischen Guerilla offen widersetzt.

Der Kern des Problems ist somit folgender: Während die FARC den Anspruch erhebt, die sozialen Kämpfe anleiten und orientieren zu müssen, haben soziale und vor allem indigene Bewegungen eigene Widerstandsstrategien entwickelt, die in einigen Fragen über die Positionen der Guerilla deutlich hinausgehen.

Am Widerstand gegen die Weltmarktintegration Kolumbiens lässt sich das veranschaulichen. Zwar ist die gesamte kolumbianische Linke – soziale Bewegungen und politische Parteien ebenso wie die Guerillagruppen – gegen die

4 Vgl. CODHES 2012: 4. Insgesamt zählt die Organisation 5,45 Millionen kolumbianische Inlandsvertriebene seit 1985 (CODHES 2012: 8). 5 Medellín liegt mit dieser Mordrate allerdings noch hinter Städten wie San Pedro de Sula/Honduras oder Ciudad Juárez/México. 6 Die mexikanische Zeitschrift *Proceso* (23.7.2012) hat die Verbindungen zwischen der Organisierten Kriminalität Kolumbiens und der Regierung Uribe noch einmal anhand von Akten der US-Drogenbehörde DEA aufgerollt. Den DEA-Unterlagen zufolge soll der Oberste Polizeichef Kolumbiens Oscar Naranjo (zusammen mit dem heutigen Präsidenten Juan Manuel Santos) 1995 an der Ermordung des konservativen Politikers Álvaro Gómez Hurtado verwickelt gewesen sein. Zudem soll Naranjo eng mit den AUC-Paramilitärs und dem Kartell Norte del Valle zusammengearbeitet und einen direkten Draht zu AUC-Kommandant Carlos Castaño besessen haben. Der von Uribe eingesetzte (und in Kolumbien mittlerweile wegen Mordes verurteilte) Chef des kolumbianischen Geheimdienstes Jorge Noguera war wohl ebenfalls direkt am Drogenhandel beteiligt. Noguera, der von Uribe persönlich berufen und protegert wurde, nutzte die Geheimpolizei als Instrument, um den AUC-Paramilitärs Drogenhandelsrouten nach Nordamerika zu eröffnen. Den Kontakt zum mexikanischen Kartell Beltrán Leyva soll der Geheimdienstchef höchstpersönlich geknüpft haben. Hinzuzufügen wäre in diesem Zusammenhang, dass Ex-Präsident Álvaro Uribe und sein Vater bereits in den 1980er Jahren von US-Geheimdiensten als Verbindungspersonen des Drogenhandels eingestuft wurden – ohne dass das Washingtons Unterstützung für den rechten Politiker geschmälert hätte. Man muss diesbezüglich die Frage stellen, ob diese halbstaatliche kolumbianische Drogenroute nicht aus geopolitischen Erwägungen von Washington toleriert wurde. 7 Bei der Guardia Indígena handelt es sich um eine unbewaffnete Selbstschutzorganisation der indigenen Gemeinden. Es ist keine Polizeiorganisation im eigentlichen Sinne, sondern ein Teil der organisierten Gemeinschaft. 8 Die Bevölkerung, so die Argumentation, sei zwar im Krieg neutral, aber nicht im politischen und sozialen Konflikt, der diesem zugrunde liegt.

seit 1987 durchgesetzte neoliberale Freihandelspolitik. Doch im Konkreten nimmt die Guerilla gegenüber der Exportökonomie eine durchaus pragmatische Haltung ein. Während die Indigenen gegen das Vordringen transnationaler Bergbaukonzerne Widerstand leisten, weil sie das kapitalistische Entwicklungsmodell insgesamt ablehnen, geht es den FARC in erster Linie um die Frage, wer sich die Exportgewinne aneignet. In diesem Sinne sind die FARC, wenn sie am Profit beteiligt werden, denn auch durchaus bereit, Bergbaukonzernen Schutz zu gewähren. Die Guerilla rechtfertigt dieses Verhalten mit der Notwendigkeit, ihren revolutionären Krieg zu finanzieren. An der Sache ändert das jedoch nichts: Beim Widerstand gegen den Raubbau durch die Bergbaukonzerne nehmen die indigenen Organisationen eine klarere Position ein als die selbst ernannten Avantgarden.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, warum es falsch wäre, den Konflikt zwischen ACIN und FARC auf die Frage «Zivilbevölkerung vs. Kriegersakteure» zu reduzieren. Denn auch wenn die ACIN als Selbstorganisation der indigenen Gemeinden demokratisch legitimiert ist, ist ihre Haltung gegenüber der Staatsmacht und den FARC in den indigenen Gemeinden selbst nicht unumstritten. Am gleichen Wochenende Anfang August, als die ACIN auf einem Treffen des Congreso de los Pueblos (einem Zusammenschluss von sozialen Bewegungen) in Caloto/Cauca ihre Forderung nach Abzug aller bewaffneten Gruppen – Armee, Polizei, Paramilitärs und Guerilla – aus ihren Gebieten öffentlich bekräftigte, demonstrierten mehrere Tausend Anhänger der Organización Pluricultural de los Pueblos Indígenas de Colombia (OPIC) für die Präsenz der Armee in der Region (Semana 2.8.2012, El Colombiano 2.8.2012). Bei der OPIC handelt es sich um eine indigene Parallelorganisation, die von der Regierung Uribe 2009 gegründet wurde, um die Indígena-Bewegung zu spalten. Insofern ist ihre Legitimität höchst zweifelhaft. Dennoch muss man anerkennen, dass Teile der Gemeinden mit ihrer Position sympathisieren.

Aber auch die entgegengesetzte Position ist in den Gemeinden vertreten: Es gibt durchaus Indígenas, die sich von den FARC geschützt fühlen und an FARC-nahen Bewegungen beteiligen. Man muss also festhalten, dass die Zivilbevölkerung zwar unter der Kriegführung stark leidet, doch dass es *die* Zivilbevölkerung als homogenen, darauf reagierenden politischen Akteur nicht gibt. In den Gemeinden existieren unterschiedliche Vorstellungen, woher der bewaffnete Konflikt rührt und wie er zu lösen wäre. Die ACIN nimmt hier eine bemerkenswerte Position ein: Sie will Selbstregierung und Widerstand miteinander verbinden und setzt dabei auf die unbewaffnete, aber durchaus konfrontative Mobilisierung der Gemeinden.

EINE POLITISCHE LÖSUNG DES BEWAFFNETEN KONFLIKTS?

Die großen Medien Kolumbiens haben die Sprengkraft dieses Ansatzes erkannt und der ACIN – in einer inhaltlich absurden, aber dennoch erfolgreichen Kampagne – unterstellt, von den FARC unterwandert zu sein. Die Gemeinden halten sich seitdem mit Aktionen zurück. Die Furcht, kriminalisiert oder ermordet zu werden, schränkt ihren Handlungsspielraum ein. Außerdem ist es erneut zu schweren Kämpfen in der Region gekommen.

Trotzdem scheint es, als hätte die Aktion der Indígenas am Militärstützpunkt am Cerro Berlín Mitte Juli etwas in Bewegung gesetzt. Es ist zu spüren, dass wieder verstärkt über

eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts debattiert wird. Präsident Juan Manuel Santos hatte Verhandlungen mit den FARC schon vergangenes Jahr in Aussicht gestellt und dafür heftige Prügel von der autoritären Rechten um Ex-Präsident Álvaro Uribe kassiert. Seitdem ist in der Frage nicht viel geschehen: Die Regierung Santos verlangt die bedingungslose Kapitulation der Guerilla, die FARC fordern politische und soziale Reformen.

In den letzten Wochen zeichnet sich jedoch ab, dass sich das politische Spektrum im Land verschiebt und damit auch neue Handlungsspielräume eröffnet werden. Im Umfeld der Mitte- und Mitte-Links-Parteien Grüne, Progresistas und Liberale wird darüber diskutiert, eine Minimalplattform zu gründen, die eine Alternative zu Präsident Santos und Ex-Präsident Uribe (die trotz ihrer persönlichen Feindschaft zentrale wirtschafts- und innenpolitische Positionen teilen) sichtbar machen soll. Eine Hauptforderung dieser Plattform wäre die politische Lösung des Konflikts – was ein Bündnis mit Teilen der Linken nahelegen würde.

Auch in den sozialen Bewegungen wird das Thema «Frieden» wieder wichtiger. Unter Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Umwelt-, Bauern- und Studierendenorganisationen gibt es zwar unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie der Konflikt überwunden werden kann – bei den einen stehen politische und soziale Veränderungen im Vordergrund, andere wollen vor allem den bewaffneten Akteuren Grenzen setzen. Doch einig ist man sich, dass der bewaffnete Konflikt in Kolumbien einer politischen Lösung bedarf.

Am wichtigsten scheint in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich innerhalb der kommunistisch-bolivarianischen Linken, also in jener Strömung, die zentrale Grundpositionen mit den FARC teilt, allmählich eine neue Strategie durchsetzt. Mit der Marcha Patriótica ist eine politische Sammlungsbewegung entstanden, die zwar nicht von den FARC kontrolliert wird, aber doch eine deutliche ideologische Nähe zu ihnen besitzt. Kritische Akademiker haben die Marcha Patriótica denn auch als «mögliche Landebahn der FARC» bezeichnet. Ihre Existenz könnte es den FARC erlauben, von einer militärischen zu einer politischen Strategie zurückzukehren.

Hintergrund dieses sich andeutenden Konzeptwechsels sind zweifelsohne die schweren Schläge, die die Armee den FARC in den letzten Jahren zugefügt hat. Die Hochstimmung der 1990er Jahre, als die FARC die Militärs vor sich hertrieben, ist verfliegen. Die Guerilla weiß, dass sie den Krieg nicht gewinnen, sondern nur noch verlängern kann.

Bemerkenswert an der Marcha Patriótica ist, dass sie trotz ihrer klaren politischen Verortung eine gewaltige Zahl von Basisorganisationen in sich versammelt hat. Insofern geht die These, bei der Marcha Patriótica handele es sich um ein Werkzeug der FARC, an der Sache vorbei: Die Bewegung ist so breit, dass sie durchaus eine Eigendynamik gewinnen kann. Das muss sich jedoch nicht unbedingt positiv für die Linke auswirken. Für die bereits existierenden sozialen und politischen Bewegungen stellt die Marcha Patriótica eine enorme Zerreißprobe dar, denn sie entzieht anderen – inhaltlich möglicherweise interessanteren – Ansätzen wie etwa dem von der ACIN initiierten Congreso de los Pueblos (der Autonomie und Selbstregierung der Gemeinschaften propagiert) die Grundlage.

Der Polo Democrático Alternativo (PDA), eine in den letzten zehn Jahren mühsam aufgebaute Linkskoalition, ist

an dieser Frage bereits zerbrochen. Die Führung des PDA schloss die Kommunistische Partei Anfang August wegen ihrer Doppelmitgliedschaft in PDA und Marcha Patriótica aus. Es sei deutlich geworden, so die PDA-Führung, dass sich Marcha Patriótica bei den Wahlen präsentieren und damit in Konkurrenz zum PDA treten werde. Tatsächlich scheint die Marcha Patriótica – durchaus in der Tradition der KP-Politik der 1970er und 1980er Jahre – an einer breiten Wahlplattform mit Einzelpersonen der bürgerlichen Parteien und somit einer ganz anderen Bündnispolitik interessiert.

Resümierend muss man also festhalten, dass sich die Situation in Kolumbien einerseits unübersichtlicher denn je präsentiert, andererseits aber wenigstens in Bewegung geraten zu sein scheint. Es formiert sich eine gesellschaftliche Strömung, die für Friedensverhandlungen und Reformen plädiert. Ein Ende der Gewalt wird es aber wohl nicht bedeuten, da die Konfrontation zwischen Guerilla und Staatsmacht nur einer der multiplen Kriege ist, die im Land heute ausgefochten werden.

Raul Zelik ist Schriftsteller und Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbien.

Abonnieren Sie unseren **E-Mail-Newsletter** mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder senden Sie eine E-Mail an gabbert@rosalux.de mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».

LITERATUR

ASOCIACIÓN DE CABILDOS INDÍGENAS DEL NORTE DEL CAUCA (2012): Carta de la ACIN a las FARC, (<http://www.nasaacin.org/noticias/3-newsflash/4327-acin-carta-a-las-farc>, 11.8.2012).

CODHES (2012): Desplazamiento creciente y crisis humanitaria invisibilizada, Bogotá/Quito (online unter: <http://www.verdadabierta.com/archivos-para-descargar/category/80-estadisticas?download=1119%3Aboletn-desplazamiento-a-marzo-2012>, 11.8.2012).

FARC (2012): Respuesta de Timoleón Jiménez, Comandante en Jefe de las FARC-EP a la ACIN, (online unter: <http://farccom.blogspot.com/2012/07/respuesta-de-timochenko-la-carta-de-la.html>, 11.8.2012).

MEDELLÍN CÓMO VAMOS (2012): Análisis de la evolución de la calidad de vida en Medellín, 2008-2011. Seguridad Ciudadana, (<http://www.medellincomovamos.org/informe-de-indicadores-objetivos-y-subjetivos-sobre-como-vamos-en-seguridad-ciudadana-2008-2011>, 11.8.2012).

OBSERVATORIO DE DERECHOS HUMANOS Y DIH. REPÚBLICA DE COLOMBIA (2004): Informe anual de Derechos Humanos y DIH 2003, (http://www.derechos-humanos.gov.co/observatorio/Publicaciones/documents/2010/informe/informe_DDHH2003/informeanual2003.pdf, 11.8.2012).

OBSERVATORIO DE DERECHOS HUMANOS Y DIH. REPÚBLICA DE COLOMBIA (2011): Cifras de Derechos Humanos y resultados operacionales de la Fuerza Pública, (<http://www.derechoshumanos.gov.co/Observatorio/Paginas/Observatorio.aspx>, 11.8.2012).

ROMERO, Mauricio/Arias, Angélica (2009): Sobre paramilitares, neoparamilitares y afines. Crecen sus acciones, ¿qué dice el gobierno?, in: Corporación Nuevo Arco Iris: ¿El declive de la Seguridad Democrática? Informe especial, diciembre 2009, Bogotá (online unter: <http://www.oidhaco.org/uploaded/content/category/2135478225.pdf> 11.8.2012).

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-434 · Fax -122
thimmel@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: August 2012
Lektorat: Text-Arbeit, Berlin
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling